

Beschluss des Landrats vom 12.02.2026

Nr. 1575

20. Versorgungssicherheit der elektrischen Energieversorgung, Ersatz der rotierenden Massen (Generatoren) durch statische Energiewandler (PV, h Wind)

2025/584; Protokoll: pw

Andi Trüssel (SVP) dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Die Antworten hätten aber viele Fragen hervorgerufen und würden den Anschein erwecken, dass nicht sonderlich viel Wissen über die Zusammenhänge eines funktionierenden und sicheren Netzes bestehe. Andi Trüssel hätte natürlich weniger Gewicht (politisches und nicht physisches Gewicht) als der Regierungsrat, wenn er beim Bundesamt für Energie (BFE) respektive bei Bundesrat Rösli in Sachen Netzsicherheit vorstellig würde. In § 115 Absatz 1 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft, in dem es um die Energieversorgung geht, wird die sichere Versorgung zuerst genannt, danach die wirtschaftliche und an dritter Stelle die ökologische Versorgung. Dem sollte eigentlich gefolgt werden. Ein schweizweites Blackout kostet täglich CHF 4 bis 5 Mrd. Im Vergleich dazu waren die Kosten für die Covid-19-Pandemie nur ein laues Lüftchen.

Zur ersten Frage der Interpellation: Andi Trüssel ist klar, dass die Swissgrid zuständig ist. Die Swissgrid muss aber über die entsprechenden Mittel und Möglichkeiten sowie Informationen darüber verfügen, was im Netz vorhanden ist. Der Redner denkt hier an die rotierenden Massen, die zunehmend ersetzt werden durch statische Energieeinspeisungen wie etwa von einer Photovoltaikanlage (PV). Die erwähnten Rahmenbedingungen sind zwar richtig, gehörten aber periodisch überprüft. Diesbezüglich müsste seitens Regierungsrat beim Bund nachgestossen werden. Wird das Verhältnis zwischen der Trägheit im Netz und den Einspeisungen der nicht statisch geregelten Wechselrichter ins Netz periodisch geprüft? In einer Antwort wurde das Übertragungsnetz genannt, dabei geht es aber nur ums Höchstspannungsnetz, also die Stufen 1 bis 3. Als der Bundesrat entschieden hatte, das Netz der Swissgrid zu geben, wurden die alten Netze ohne Abschreibungen übertragen. Heute wird über die Kosten und Gebühren in den Stromrechnungen ein altes Netz zum zweiten Mal abgeschrieben. Kontrolliert die eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom periodisch die Netzträgeheitsverhältnisse in Abhängigkeit des Ausbaugrads der erneuerbaren Energien? Ist die Anzahl nicht abschaltbarer Wechselrichter bekannt? Werden bei neuen Anlagen netztaugliche Wechselrichter verlangt? Zu den Themen Netzsicherheit durch Systemdienstleistungen, Speicherlösungen, regelbare Lasten und zu den sogenannten netzbildenden Wechselrichtern kann Andi Trüssel sagen, dass, wenn es zu viel Energie auf dem Netz hat, die Grundlastlieferanten aufgrund eines entsprechenden Vertrags durch die Swissgrid geheissen sind, ihre Leistungen zurückzufahren. Für das Kraftwerk Birsfelden bedeutet dies, die Turbinen abzustellen und das Wasser ungenutzt über das Wehr abzulassen. Ist dies wirtschaftlich und sinnvoll? Die Aussagen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 21. August 2025 lassen aufhorchen: *«Netzbildende Wechselrichter sind unverzichtbar, um die Stromversorgung der Zukunft sicherzustellen. Die Forschung muss zügig vorankommen, damit die Stromversorgung sicher, resilient und zukunftsfähig bleibt.»* Man befindet sich also in einer Situation, in der noch geforscht und Energie via PV und Wind auf Netz gebuttert wird, obwohl man sich in Bezug auf die Netzsicherheit im Blindflug befindet. Wahnsinn! Auch mit Blick auf den technischen Report der EU von Januar 2026 sollte man eigentlich sagen, dass die diesbezügliche Forschung nach wie vor in den Kinderschuhen steckt und noch nicht so weit ist, wie sie sein müsste.

Zur zweiten Frage der Interpellation betreffend Kernkraftwerke: Es ist richtig, dass sich der Regierungsrat an die Kantonsverfassung hält. Seit Kaiseraugst sind aber über 50 Jahre ins Land gegangen und es gibt neue Generatoren. Darüber dürfte mal nachgedacht werden. Die IPCC-Tabelle zum CO₂-Ausstoss pro Kilowattstunde der verschiedenen Anlagen zeigt, dass die Kernenergie mit

12 g auf Platz eins ist, gefolgt von Wasser mit 24 g, Geothermie mit 34 g, Wind mit 84 g, PV mit 128 g und Biogas mit gar 230 g. Können mit den Rängen 4 bis 6 die ökologischen Ziele erreicht werden?

Zur dritten Frage: Wer überprüft, ob die Ausführungsbestimmungen für die Systemdienstleistungen effektiv umgesetzt werden? Wer hat den gesamten Überblick? Gibt es über Kantons- und Bundesebene periodische, aktualisierte Berichte über die Netzstabilität? Andi Trüssel möchte nicht das Gleiche erleben wie Spanien im letzten Jahr. Der Ausfall dauerte dort zwar nur 18 Stunden, in der Schweiz würde es wohl deutlich länger dauern, weil die Schweiz ein Transferland für halb Europa ist. Die Netzregelung und die «Produktion» gehörten eigentlich in eine Hand und sollte nicht dezentral geregelt sein. In Bundesbern gibt es sieben verschiedene Abteilungen, die sich um die Energien kümmern – es geht nicht nur um die Elektrizität. Es braucht eine Stelle, die das Ganze im Griff hat und konsolidiert. Davon ist man zurzeit aber weit weg.

Zur fünften Frage: Andi Trüssel kommt es etwas wie «Augen zu und durch» vor. Das Energiegesetz 2050 wurde von der Stimmbevölkerung angenommen. Das Volk hat immer Recht, aber das Volk muss auch die Konsequenzen tragen, ohne zu murren, wenn der Entscheid nicht richtig war. In diesem Fall sind dies hohe Kosten. Als in der Fliegerei das ILS eingeführt wurde, hatte man nicht gesagt, dass jene, die kein ILS haben, halt nicht laden können. Vielmehr wurden die Flugzeuge mit beiden Systemen ausgerüstet. Es wurde kein Blindflug gemacht. Andi Trüssel hat den Eindruck, dass man sich bezüglich der Netzsicherheit im Blindflug befindet. Er bittet den Regierungsrat, entsprechend vorstellig zu werden. Reichen die bereits gestellten Fragen dafür aus oder soll Andi Trüssel nochmals eine neue Interpellation einreichen?

Dominique Zbinden (Grüne) hat den Vorstoss, wie so häufig, mit Kopfschütteln gelesen. Die Interpellation mag viele physikalisch korrekte Aussagen enthalten, aber politisch kann die Rednerin dieser Sache nichts abgewinnen. Statt endlich zu akzeptieren, dass in der heutigen Situation die Energiewende auf erneuerbare Energie nicht mehr aufzuhalten ist und schon lange beschlossene Sache ist, hält Andi Trüssel weiter an gefährlichen AKW fest. Und das, obwohl klar ist, dass ein Neubau eines AKWs so lange dauern würde, dass damit die heutigen Energieprobleme nie gelöst werden könnten. Statt Lösungen zu suchen, wie mit Problemen, die im Zusammenhang mit den erneuerbaren Energien auftreten, gelöst werden können, reisst Andi Trüssel mit aller Kraft dagegen. Und was bliebe am Schluss übrig, wenn die Erneuerbaren begraben würden? Ein Scherbenhaufen und AKW-Baupläne, die niemand finanzieren will – und Strom hat man dann trotzdem keinen. Dominique Zbinden schlägt Andi Trüssel vor, seine eigene Energie für eine zukunftsfähige Energiepolitik zu nutzen.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) stellt fest, bei diesem Thema sei es nicht immer ganz einfach, auf der Sachebene zu bleiben. Einigkeit besteht jedoch in der Sorge um die Netzsicherheit und in der Einschätzung, dass die Netzsicherheit anspruchsvoll und essentiell ist und dass man sich ein nicht funktionierendes Netz kaum leisten kann. In den Jahren 2012 und 2014 gab es die gemeinsame Übung «Blackout» von Bund und Kanton, bei der ansatzweise ersichtlich wurde, was ein Blackout auslösen würde. Seither ist die Welt noch komplexer und stromabhängiger geworden. Regierungsrat Isaac Reber versteht somit die Grundfrage des Interpellanten. Wenn es um die Swissgrid oder die ElCom geht, wäre jedoch der Bund der richtige Adressat der Fragen. Das Ganze muss auf Bundesebene koordiniert und organisiert sein. Das Netz hört nicht an der Kantons- und auch nicht an der Landesgrenze. Deshalb befürwortet Regierungsrat Isaac Reber klar das Stromabkommen, das zur Sicherheit beitragen würde. Er ist sich nicht sicher, ob eine weitere Interpellation zielführend wäre. Betreffend die Kernkraftwerke hält sich der Regierungsrat an die Kantonsverfassung. Sollte die SVP-Fraktion damit nicht einverstanden sein, wäre eine Interpellation nicht die richtige Vorstossart, sondern es müsste über eine Änderung der Verfassung diskutiert werden, da die Frage dort geregelt ist.

Andi Trüssel (SVP) ist damit einverstanden, dass die Sicherheit im Fokus stehe. Nur: Mit einem Stromabkommen mit vier Blinden, die zur gleichen Zeit im Winter einen Mangel haben, wird dies schwierig. Wie will man sich gegenseitig unterstützen, wenn nur einer – die Franzosen – liefern kann? Diese Frage darf im Raum stehengelassen werden. Andi Trüssel hat die 162 Seiten zum Stromabkommen gelesen und eine Vernehmlassungseingabe verfasst. Wenn das Stromabkommen ein reiner Händlervvertrag ist, hilft dies überhaupt nicht für die Sicherheit gemäss Artikel 89 der Bundesverfassung und § 115 der Kantonsverfassung. Damit – einfach gesagt – die von Deutschland an die Grenz gelieferten 230 Volt als 230 Volt in Italien ankommen, muss die Schweiz über ein Jahr gesehen die Leistung eines ganzen Kernkraftwerks zur Verfügung stellen als Regelenergie. Wer bezahlt diese Regelenergie? Weder Deutschland noch Italien, sondern die Schweizer Bevölkerung über ihre Stromrechnungen. Dass die drei Überlandlieferanten BKW, Alpiq und Axpo das Stromabkommen wollen, ist vollkommen klar – denn es bringt Cash. Und beim Bereitstellen von Batterien, um Regelenergie für gutes Geld kurzfristig einspeisen zu können, handelt es sich um einen neuen Business-Case. Andi Trüssel hat nichts dagegen, wenn damit Geld gemacht wird, aber es sind die Stromkonsumenten, die dies letztlich bezahlen müssen.

An Landrätin Zbinden: Knapp daneben ist auch vorbei. Es geht nicht um Kernenergie Ja oder Nein. Es geht um die Sicherheit der Netze. Wenn man dann im Dunkeln steht, werden wohl allen die Lichter aufgehen.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) bestätigt, dass die drei grossen Stromunternehmen das Stromabkommen befürworten würden. Sie sind damit aber nicht alleine, sondern auch die Swissgrid, die für das Netz zuständig ist, das Netz und die Netzsicherheit verantwortet, befürworten das Abkommen.

://: Die Interpellation ist erledigt.
